

Nach Kamalas Niederlage arbeitet die noch amtierende Biden-Harris-Regierung daran, Trumps Energieagenda zu untergraben

geschrieben von Andreas Demmig | 11. November 2024



Nick Pope, Mitwirkender, 07. November 2024

Die derzeit noch amtierende Biden-Harris-Regierung arbeitet bereits daran, die Energieagenda des designierten Präsidenten Donald Trump zu untergraben, nachdem dieser Vizepräsidentin Kamala Harris bei der Wahl am Dienstag eine vernichtende Niederlage zugefügt hatte.

Weniger als 48 Stunden nachdem Trump entscheidende Siege im Electoral College und bei der Volksabstimmung errungen hatte, greifen laut Bloomberg News und CNN Bundesbehörden in Trumps Pläne ein, die Genehmigungen für den Export von Flüssigerdgas (LNG) auszuweiten und wieder aufzuheben sowie auf amerikanischem Boden nach mehr Öl und Gas zu bohren. Die Biden-Harris-Regierung setzte im Januar die Genehmigungen für LNG-Exportzentren aus und ergriff zahlreiche Maßnahmen, um die Energieproduktion auf staatlich kontrolliertem Land einzuschränken. Trump führte bis in den November hinein einen harten Wahlkampf gegen diese Politik.

Die Regierung begründete die Pause bei der Genehmigung von LNG-Exporten damit, dass die Regulierungsbehörden eine neue Studie über die Auswirkungen von LNG-Exporten auf die Emissionen durchführen müssten. Energieministerin Jennifer Granholm deutete im Mai an, dass die neue Analyse irgendwann Anfang 2025 veröffentlicht werden würde. Berichten von Bloomberg News zufolge will das Energieministerium (DOE) die Studie nun aber schnellstmöglich bis Ende November fertigstellen und damit möglicherweise rechtliche Probleme für die Projekte der Exportdrehzscheibe heraufbeschwören, für die Trump grünes Licht gegeben hat.

Das Energieministerium (DOE) beeilt sich nun jedoch, die Studie bis Ende November abzuschließen, was laut Bloomberg News möglicherweise rechtliche Probleme für die Export-Hub-Projekte mit sich bringt, die Trump grünes Licht zu geben versprochen hat.

Das Weiße Haus kündigt einen Plan zum Schutz von Bürokraten vor der Entlassung durch eine mögliche zweite Trump-Regierung an – bereits im

April 2024

... Nach der neuen Regelung müsste eine Regierung, die Bundesangestellte in eine neue Kategorie einordnen möchte, die es ihnen leichter macht, sie zu entlassen, einen langwierigen Prozess durchlaufen, ein Schritt, der für einen zukünftigen Präsidenten zeitaufwändiger sein soll, berichtete Politico .

<https://dailycaller.com/2024/04/04/white-house-bureaucrats-fired-trump-admin/>

Sollte die bevorstehende Analyse des Energieministeriums zu dem Ergebnis kommen, dass weitere LNG-Exporte nicht im öffentlichen Interesse sind oder anderweitig neue Bedingungen stellen, könnten Exportgenehmigungen der künftigen Trump-Regierung laut Bloomberg News vor Gericht angefochten werden. Die Trump-Regierung würde etwa ein Jahr brauchen, um eine neue Studie herauszugeben, oder etwa einen Monat, um sie sinnvoll zu ändern.

Sollte das Energieministerium unter Biden und Harris eine Studie veröffentlichen, in der es zu dem Schluss kommt, dass zusätzliche LNG-Exporte nicht im öffentlichen Interesse lägen, könnte die künftige Trump-Administration diese Studie im Prinzip ignorieren und trotzdem neue Projekte genehmigen. Allerdings könnten die Projektentwickler laut Bloomberg News dennoch rechtlichen Risiken ausgesetzt sein.

Eine staatliche Überwachungsgruppe hat das DOE beschuldigt, die neue Studie erst 2023 begonnen und sie dann begraben zu haben. Der Entwurf deutete wahrscheinlich darauf hin, dass die endgültige Version nicht zu den Schlussfolgerungen kommen würde, die die Ankündigung eines Genehmigungsstopps rechtfertigen würden. Auch gibt es eine fragwürdige Studie von Robert Howarth, Professor an der Cornell University, in der behauptet wird, dass LNG-Exporte deutlich mehr Emissionen verursachen als die Energiegewinnung aus im Inland abgebaute Kohle. Diese hat auch einige Mitarbeiter im Weißen Haus beeinflusst.

Die Freigabe von LNG-Exporten ist nicht das einzige wichtige energiepolitische Wahlversprechen Trumps, das die Bürokraten von Biden und Harris in den letzten Tagen der Regierung offenbar zu untergraben versuchen.

Das Tax Cuts and Jobs Act von 2017, das während Trumps Amtszeit verabschiedet wurde, sah laut CNN zwei Pachtverkäufe für die Erschließung fossiler Brennstoffe im Arctic National Wildlife Refuge (ANWR) vor, einer Region in Alaska, in der beträchtliche Ölreserven schlummern sollen. Das Gesetz verlangte, dass der zweite Verkauf vor Ende 2024 erfolgen musste, und die Biden-Harris-Regierung gab am

Mittwoch bekannt, dass sie nur die gesetzlich vorgeschriebenen 400.000 Acres (ca. 161.000 Hektar) verpachten werde.

„Das Steuergesetz von 2017 erfordert einen zweiten Pachtverkauf und wir halten uns an das Gesetz, wie wir es immer versprochen haben“, sagte ein Sprecher des Innenministeriums gegenüber der Daily Caller News Foundation.

Beamte der Biden-Harris-Verwaltung haben sich auch bemüht, verschiedene andere Regeln, Vorschriften und Strategien in Politikbereichen wie internationalen Angelegenheiten „Trump-sicher“ zu machen. Trump und seine Verbündeten haben versprochen, die ihrer Meinung nach außer Kontrolle geratene Bundesbürokratie zu zügeln, sobald sie am 20. Januar 2025 offiziell die Macht übernommen haben.

Aber sie können vielleicht nicht viel dagegen tun. Als Präsident wird Trump über umfassende Exekutivgewalt verfügen und könnte wahrscheinlich die meisten Maßnahmen von Bidens Beamten zwischen jetzt und Januar rückgängig machen. Trump hat bereits angekündigt, eine Reihe von Bidens Initiativen rückgängig zu machen, wenn er sein Amt antritt.

Und vorausgesetzt, dass die Republikaner das Repräsentantenhaus behalten – nachdem sie den Senat bei der Wahl am Dienstag bereits von den Demokraten zurückerobert haben –, wird Trump vermutlich die breite Unterstützung beider Kammern des Kongresses hinter sich haben.

<https://dailycaller.com/2024/11/06/officials-scramble-protect-bidens-foreign-policy-legacy-trump-admin/>

Das DOE antwortete nicht sofort auf eine Bitte um Stellungnahme.

Alle von der Daily Caller News Foundation, einem unabhängigen und überparteilichen Nachrichtendienst, erstellten Inhalte stehen jedem seriösen Nachrichtenverlag, der ein großes Publikum erreichen kann, kostenlos zur Verfügung. Alle erneut veröffentlichten Artikel müssen unser Logo, den Namen unseres Reporters und seine DCNF-Zugehörigkeit enthalten. Bei Fragen zu unseren Richtlinien oder einer Partnerschaft mit uns wenden Sie sich bitte an licensing@dailycallernewsfoundation.org .

<https://dailycaller.com/2024/11/07/lame-duck-biden-harris-admin-undermines-trump-energy-agenda/>